



5. Juli 2021

In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen  
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung  
In den Verwaltungsausschuss  
In die Ratsversammlung  
An den Stadtbezirksrat Herrenhausen Stöcken (zur Kenntnis)

**Änderungsantrag** gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 1326/2021 N1 (Vereinbarung für eine Wärmewende in Hannover. Vereinbarung der Landeshauptstadt Hannover mit dem Bürger\*innenbegehren „hannover erneuerbar“ und enercity AG)

**Antrag zu beschließen:**

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover stimmt der vorgelegten Vereinbarung zwischen der enercity AG, der Initiative Bürger\*innenbegehren „hannover erneuerbar“ und der Landeshauptstadt Hannover mit folgenden Änderungen zu:

Die Maßnahme der Anschluss- und Benutzungspflicht für Fernwärme wird gestrichen. Stattdessen wird ein Förderprogramm aufgelegt, mit dem die Eigentümerinnen und Eigentümer von Gasheizungen zum Umstieg auf Fernwärme oder auf Wärmepumpen motiviert werden.

Die Drucksache und die Vereinbarung sind entsprechend anzupassen.

**Begründung:**

Ein Teil der vom Rat der Landeshauptstadt Hannover zu beschließenden Vereinbarung schließt eine noch zu erstellende Fernwärmesatzung ein, wobei schon jetzt enge Vorgaben definiert werden.

Wesentlich ist bei alledem, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher im Blick zu behalten. Die Wärmewende kann nur durch Überzeugung, nicht aber durch Zwang gelingen. Ein Anbieterwechsel wird bei Fernwärme nicht möglich sein, sodass generell eine langfristige Bindung an einen Versorger besteht. Der Anschluss- und Benutzungszwang zur Fernwärme in einer Fernwärmesatzung ist abzulehnen.

Durch eine zusätzliche Förderung muss die Landeshauptstadt Hannover zusammen mit der enercity AG voranschreiten. Mit einem Förderprogramm zum Umstieg von Gasheizungen hin

zu Fernwärme oder Wärmepumpen, analog der angekündigten Ölheizungsoffensive, wird ein wichtiger Anreiz geschaffen.



Jens Seidel  
Vorsitzender